



München, 21.10.2014

## Bildungssituation für Flüchtlingskinder

**Von Angelika Weitert, MdL, flüchtlingspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion. Um zu gewährleisten, dass auch die Kinder der Flüchtlinge ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können, muss die Staatsregierung eine ganze Reihe von Maßnahmen ergreifen.**

Dies beginnt bereits bei den Jüngsten: auch Kinder von Asylbewerbern und Flüchtlingen haben den Rechtsanspruch auf einen Betreuungs- und später einen Kindergartenplatz. Je früher sie pädagogische Betreuung und Sprachunterricht erhalten oder einfach wieder ein Kind unter anderen Kindern sein dürfen, desto besser. Vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir eine Ausweitung der Kapazitäten.

Um Flüchtlingskinder auf den Besuch einer Regelschule vorzubereiten, sind spezielle Übergangsklassen notwendig. Allerdings ist das Angebot hier bei weitem nicht ausreichend und die vorhandenen Klassen sind zu groß. Eine Begrenzung der Schülerzahl auf 15 ist notwendig und Übergangsklassen müssen auch während des Schuljahres eingerichtet werden. Ein „Zwischenparken“ in Regelklassen überfordert sowohl die Kinder als auch die Lehrkräfte. Die Familien haben mit ihren Kindern häufig einen langen Fluchtweg hinter sich und im Herkunftsland schreckliches erlebt. Eine Unterstützung durch Schulpsychologen bei Traumatisierung ist für die weitere Entwicklung der Kinder unbedingt notwendig. Für den speziellen Sprachunterricht muss der Freistaat die Zusatzausbildung „Deutsch als Zweitsprache“ verstärkt anbieten.

Während der letzten vier Jahre wurde an Berufsschulen mit großem Erfolg ein zweijähriges Ausbildungsprojekt für junge Flüchtlinge etabliert. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Schulen die Möglichkeit brauchen, die Ausbildung bei Bedarf um ein drittes Jahr zu erweitern. Junge Flüchtlinge sind in der Regel sehr lernbegierig und überdurchschnittlich motiviert. Auch die Wirtschaftsverbände und viele Betriebe haben dies erkannt und sehen in ihnen einen Gewinn für ihre Betriebe. Die SPD-Landtagsfraktion fordert alle Verantwortlichen auf, jungen

Flüchtlingen einen Aufenthaltstitel zu geben, der es ihnen ermöglicht, eine Berufsausbildung in Deutschland zu absolvieren.